

Apel, Hans-Jürgen; Klöcker, Michael
**Die preußische höhere Bürgerschule im Vormärz. Analyse des
Bildungsprogramms und der Schülerschaft an der ersten rheinischen
höheren Bürgerschule zu Köln**

Zeitschrift für Pädagogik 30 (1984) 6, S. 775-795



Quellenangabe/ Reference:

Apel, Hans-Jürgen; Klöcker, Michael: Die preußische höhere Bürgerschule im Vormärz. Analyse des Bildungsprogramms und der Schülerschaft an der ersten rheinischen höheren Bürgerschule zu Köln - In: Zeitschrift für Pädagogik 30 (1984) 6, S. 775-795 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-143310 - DOI: 10.25656/01:14331

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-143310>

<https://doi.org/10.25656/01:14331>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Zeitschrift für Pädagogik

Jahrgang 30 – Heft 6 – Dezember 1984

I. Essay

BARBARA GAEBE

Das Programm einer „nach mechanischen Gesetzen konstruierten didaktischen Maschine“.
Eine Untersuchung zu den Anfängen neuzeitlicher pädagogischer Theoriebildung 735

II. Thema: Historische und empirische Beiträge zur Schulforschung

INGRID LOHMANN

Über den Beginn der Etablierung allgemeiner Bildung.
Friedrich Schleiermacher als Direktor der Berliner Wissenschaftlichen Deputation 749

HANS-JÜRGEN APEL/
MICHAEL KLÖCKER

Die preußische höhere Bürgerschule im Vormärz. Analyse des Bildungsprogramms und der Schülerschaft an der ersten rheinischen höheren Bürgerschule zu Köln 775

KLAUS PLAKE

Schulgröße als Variable der Organisationsforschung 797

URBAN LISSMANN/
BETTINA PAETZOLD

Zur Effektivität von Schülerelbstkorrektur und häufiger Leistungsrückmeldung – eine empirische Untersuchung 817

III. Diskussion

WOLFGANG BREZINKA

„Modelle“ in Erziehungstheorien. Ein Beitrag zur Klärung der Begriffe 835

IV. Besprechungen

HEINZ-ELMAR TENORTH

WALTER STRAUSS: Allgemeine Pädagogik als transzendente Logik der Erziehungswissenschaft. Studien zum Verhältnis von Philosophie und Pädagogik im Anschluß an Kant 859

HANS JÜRGEN GÖSSLING

ALFRED K. TREML: Theorie struktureller Erziehung. Grundlagen einer pädagogischen Sozialisations-
theorie 865

JÜRGEN OELKERS

LOTHAR WIGGER: Handlungstheorie und Pädagogik. Eine systematisch-kritische Analyse des Handlungs-
begriffs als pädagogischer Grundkategorie 870

KLAUS PRANGE

RUDOLF LASSAHN: Pädagogische Anthropologie. Eine
historische Einführung 874

V. Dokumentation

Pädagogische Neuerscheinungen 879

Vorschau auf Heft 1/85:

„Rückblick auf die Reform“ mit Beiträgen von A. Flitner, W. Lütgert, M. Prenzel und
A. Heiland

H. Titze: Zur Wiederkehr von Überfüllung und Mangel im höheren Lehramt

A. Gruschka: Von Spranger zu Oevermann – Zur Frage des Fortschritts innerhalb der
interpretativen Verfahren der Erziehungswissenschaft

M. Winkler: Über das Pädagogische an der Antipädagogik

Zu den Beiträgen in diesem Heft

BARBARA GAEBE: *Das Programm einer „nach mechanischen Gesetzen konstruierten didaktischen Maschine“. Eine Untersuchung zu den Anfängen neuzeitlicher pädagogischer Theoriebildung*

Verglichen mit dem Zeitraum, in dem sich die Pädagogik als Wissenschaft auch institutionell gegenüber der Theologie und Philosophie verselbständigt hat, sind die Anfänge neuzeitlicher pädagogisch-didaktischer Theoriebildung noch wenig erschlossen. In diesem Aufsatz wird gefragt, was es bedeutet, daß für frühe pädagogische Theoriekonzeptionen die Maschinenmetapher bestimmend war. Zu diesem Zweck werden die Mechanisierungsvorstellungen, die J. A. COMENIUS auf die Erziehungs- und Unterrichtsprozesse und die pädagogische Theoriebildung bezieht, analysiert und einige wissenschafts- und institutionengeschichtliche Konsequenzen aufgezeigt.

INGRID LOHMANN: *Über den Beginn der Etablierung allgemeiner Bildung. Friedrich Schleiermacher als Direktor der Berliner Wissenschaftlichen Deputation*

Die Berliner Wissenschaftliche Deputation, 1809 von WILHELM VON HUMBOLDT gegründet, spielt für die Anfangsphase der Etablierung allgemeiner Bildung in Preußen im frühen 19. Jahrhundert eine wichtige Rolle. Unter FRIEDRICH SCHLEIERMACHER als ihrem Direktor erstellte sie in den Jahren 1810 und 1811 Entwürfe für den später als „Süvern-scher Normalplan“ bekannt gewordenen Lehrplan von 1816, welcher die erste von seiten der staatlichen Verwaltung erlassene Normvorgabe für die Entwicklung des höheren Schulwesens darstellt. War die Lektionsplanung bis dahin an den einzelnen Schulen betrieben worden, so setzte nun ein curricularer Vereinheitlichungsprozeß ein. Er wurde begleitet von dem Übergang vom Fachklassen- zum Jahrgangsklassensystem, mit dem durch ein bestimmtes Konzept für den deutschen Sprachunterricht erstmals ein Lösungsmodell für das Problem der Einheit der Bildung in der Schulpraxis verankert wurde. Zugleich werden grundlegende Schwierigkeiten von Bildungsreformpraxis deutlich, die mit den wechselseitigen Bedingtheiten von Lehrplanentwicklung und struktureller Planung, von innerer und äußerer Schulreform zusammenhängen.

HANS-JÜRGEN APEL/MICHAEL KLÖCKER: *Die preußische höhere Bürgerschule im Vormärz*

Die Studie beschäftigt sich am Beispiel der ersten rheinischen höheren Bürgerschule zu Köln (gegr. 1828) mit der Entstehung und Entwicklung von Institutionen des mittleren Bildungswesens in Deutschland. Aus lokalen Archivbeständen werden die der Begründung dieser Einrichtung vorausgehenden Auseinandersetzungen erschlossen; die Darstellung gibt zugleich Aufschlüsse über die Determinanten der damaligen preußischen Schulpolitik sowie den Charakter des vormärzlichen Gymnasiums. Das Schwergewicht der Untersuchung liegt aber auf der quantitativen Auswertung des Schüleralbums der Kölner Bürgerschule (für die Jahre 1828 bis 1847): Auf dieser Grundlage werden das Schulbesuchsverhalten einschließlich der Übergänge und des Frühabgangs, die soziale

Rekrutierung der Schüler und deren spätere Berufswahl untersucht und in ihren Wechselbeziehungen analysiert.

KLAUS PLAKE: Schulgröße als Variable der Organisationsforschung

Die Organisationsforschung im Bereich der Erziehung geht traditionell vom Bürokratiemodell MAX WEBERS aus. Angesichts der Schwächen dieses Ansatzes ist einem allgemeinen Strukturkonzept der Vorzug zu geben, das die Berücksichtigung von zusätzlichen Variablen erlaubt. So stellt sich z. B. die Frage, welche Bedeutung die von WEBER nicht beachtete Organisationsgröße für andere strukturelle Eigenschaften der Schule hat. Die empirische Forschung hat die Größe vor allem mit dem proportionalen Anteil des Verwaltungssektors und dem Differenzierungsgrad in Beziehung gesetzt. Die Ergebnisse bestätigen nicht die verbreitete Annahme, daß der Verwaltungssektor in großen Organisationen anteilmäßig umfangreicher sei als in kleinen. Demgegenüber nimmt im Querschnittvergleich der Differenzierungsgrad auch relativ mit der Organisationsgröße zu, wobei die Entwicklung der Zuwachsraten degressiv verläuft. Dies deutet darauf hin, daß sich auch in der Schule bei wachsenden Schüler- und Lehrerzahlen Organisationsvorteile ergeben, die allerdings im Gegensatz zu anderen Organisationen nicht in erster Linie in der Vereinfachung und Beschleunigung von Vorgängen, sondern in pädagogischer Kompetenzerweiterung zu suchen sind. Gleichzeitig wird deutlich, daß diesen Vorteilen Nachteile (z. B. Koordinationsprobleme) gegenüberstehen, die in sehr großen Organisationen die Vorteile der Differenzierung überwiegen.

URBAN LISSMANN/BETTINA PAETZOLD: Zur Effektivität von Schüler selbstkorrektur und häufiger Leistungsrückmeldung – Eine empirische Untersuchung

Ausgehend von einem Modell des Schullernens (BLOOM 1976) und kognitiv-motivationalen Theorien, z. B. Leistungsmotivation und Kausalattribution, wurden Leistungsrückmeldungen (kurz: LR) experimentell untersucht: 1) Lehrerkorrektur oder Schüler selbstkorrektur; 2) seltene oder häufige LR (im Schriftlichen: monatlich/wöchentlich). Miteinander kombiniert ergaben sich vier Rückmeldungsformen, die den Treatmentgruppen nach dem Zufallsprinzip zugewiesen wurden. An dem Quasi-Experiment beteiligten sich 25 Schulklassen der Haupt- und Realschule (656 Schüler im 5. Schuljahr) und 41 Lehrer. Mehr als 20 Schülermerkmale wurden zu Beginn und zum Abschluß des Quasi-Experiments nach fünf Monaten erhoben. Der multivariaten Auswertung zufolge sind Korrekturmodus, Häufigkeit der LR und beide zusammen wichtig. Aufgrund der univariaten Auswertung konnte nur in der Realschule eine Überlegenheit der Schüler selbstkorrektur allein oder in der Kombination als häufige LR/Schüler selbstkorrektur nachgewiesen werden.

WOLFGANG BREZINKA: „Modelle“ in Erziehungstheorien

In der pädagogischen Literatur wird seit einiger Zeit sehr häufig das Wort „Modell“ gebraucht. Was ist damit gemeint? Der Verfasser hat in deutschen und englischsprachigen pädagogischen Texten mindestens 15 Bedeutungen gefunden, die teilweise weit auseinanderliegen. Es gibt demnach in der Pädagogik derzeit keinen allgemein akzeptierten Modell-Begriff. „Modell“ ist ein Modewort, das in den meisten Fällen durch treffendere Ausdrücke ersetzt werden kann. Dafür werden Vorschläge gemacht.

Contents and Abstracts

Essay

BARBARA GAEBE: *The Program for "a Didactic Machine Constructed According to Mechanical Laws". A Study of the Beginnings of Modern Pedagogical Theorization* . 735

Compared with the period in which pedagogics became both scientifically and institutionally independent of theology and philosophy, the beginnings of modern pedagogic and didactic theorization are less well disclosed. This essay asks what it could mean that the metaphor of the machine was the determining factor for the early conceptions of pedagogic theory. In order to answer this question the conceptions of mechanization that J. A. COMENIUS related to the educational and teaching processes are analysed. Furthermore, some of the consequences for the history of pedagogics, both as a science and as an institution, are presented.

Topic: Historical and Empirical Research on Schooling

INGRID LOHMANN: *On the Origin of General Humanistic Education. Friedrich Schleiermacher's Contribution to the Work of the "Wissenschaftliche Deputation"* 749

The Berlin "Wissenschaftliche Deputation", a group of experts whose task it was to give advice on matters of educational policies, was established in 1809 by WILHELM VON HUMBOLDT. In the years 1810 and 1811, when FRIEDRICH SCHLEIERMACHER was director of this institution, it devised the plans for what was later to be known as the "Süvernscher Normalplan", i. e. the curriculum of 1816. This was the first general guideline to be issued by the state administration for the further development of higher secondary education. Previously, the planning of the curriculum had been left to the individual schools, but the concepts of the "Wissenschaftliche Deputation" initiated a curricular process of unification. This was accompanied by the transition from a system of parallel and isolated lectures to an age-graded system of school classes. Thus a model was implemented which would solve the problem of the integration of knowledge transmitted in schools by means of a new concept for instruction in German language and literature. Furthermore, fundamental problems of school reform due to the interaction of curriculum development and organizational change are revealed.

HANS-JÜRGEN APEL/MICHAEL KLÖCKER: *A Prussian Institution of Secondary Education Prior to 1848* 775

The study deals with the establishment and the development of institutions of intermediate secondary education in Germany, taking the "Höhere Bürgerschule" in Cologne (founded 1828) as an example. Based on files from local archives a description of the disputes that preceded the establishment of this institution is given; the outline also gives information

both as to the determining factors of contemporary Prussian educational policy and on the characteristics of the "Gymnasium" prior to 1848. Apart from this, however, the quantitative evaluation of the student yearbooks of the Cologne "Bürgerschule" from 1828 to 1847 is emphasized. Based on these yearbooks the characteristics of educational careers are examined, including early drop-out, transfer to other institutions, the social background of the students recruited, and their later choice of vocation. The interaction of these factors is also analysed.

KLAUS PLAKE: *Size of School as a Variable in Research on Organizations* 797

Organizational research in the field of education is traditionally based on MAX WEBER's model of bureaucracy. Facing the deficiencies of this approach a general conception of structure seems preferable, because it allows additional variables to be taken into consideration. For example, the influence that the size of an organization has on other structural features is not considered by WEBER. In the history of empirical research size was especially related to the proportion of the administrative sector and to the scope of social differentiation. Results of this research do not support the widespread view that the administrative sector accounts for a greater proportion of the staff in large organizations than is the case in smaller organizations. According to cross-sectional analysis, the scope of differentiation grows in proportion to organizational size, but with a degressive slope. This means that an increase in the number of students and teachers in schools leads to organizational advantages. In contrast to other organizations these advantages do not imply expediency and acceleration of procedures, but rather an increase in educational competence. It is also obvious that these advantages have to be measured against disadvantages – such as problems of coordination – which in very large organizations outweigh the advantages of differentiation.

URBAN LISSMANN/BETTINA PAETZOLD: *The Effectiveness of Self-Evaluation by Students and of Frequent Feedback on Achievement. – An Empirical Study* 817

Based on a concept of the teaching-learning process (BLOOM 1976) and on cognitive-motivational theories concerning achievement motivation and causal attribution, the effects of two feedback treatment conditions are examined: 1) teacher evaluation vs. self-evaluation of academic achievement, 2) rare vs. frequent feedback (monthly vs. weekly commentary on written exercises). Together, the two treatment factors resulted in four types of feedback. These were randomly assigned to the treatment groups. Twenty-five school classes of the German "Hauptschule" and "Realschule" (656 students aged about eleven) and forty-one teachers participated in the study. More than twenty learner characteristics were assessed twice: at the beginning of the quasi-experiment and again five months later. MANCOVAS showed relevance of feedback by significant overall main effects and an interaction effect. It was shown that ANCOVAS revealed superiority of students' self-evaluation and/or frequent self-evaluation in the "Realschule".

Discussion

WOLFGANG BREZINKA: "Models" in Educational Theory 835

In pedagogical literature the term *model* has recently been employed quite frequently. What does the word actually mean? Using both German and English pedagogical texts as sources, the author has isolated at least fifteen – often widely diverging – meanings of the word. This shows that at present a universally accepted definition of the term *model* does not exist in modern pedagogics: *model* is a trendy word that in most cases can be replaced by more accurate expressions. This essay contains a number of proposals in this respect.

Bundesfachtagung Sonderpädagogik Mainz 1985

Der Verband Deutscher Sonderschulen e. V.

– Fachverband für Behindertenpädagogik –

veranstaltet in Fortsetzung seiner Kongreß- und Verbandstage am 29. und 30. Mai 1985 im Philosophikum der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz eine Bundesfachtagung Sonderpädagogik. In drei Arbeitskreisen werden in Workshops, Kurzreferaten und Diskussionen unter der Mitwirkung namhafter Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Praxis aktuelle Probleme der sonderpädagogischen Praxis aufgegriffen:

Arbeitskreis A: Ganzheitliche Schwerstbehindertenförderung:

Kommunikation – Wahrnehmung – Umwelterfahrung

Arbeitskreis B: Integrierte Bewegungsförderung:

Bewegen – Erleben – Lernen

Arbeitskreis C: Impulse für die Sonderschule:

Realitätsnahe Schule – Hiberniaschule (Waldorfschule) – Montessori-schule

Das Angebot der beiden Arbeitstage ist so aufgebaut, daß die meisten Veranstaltungen zweimal in gleicher Weise ablaufen (Wiederholungsprinzip). Somit können die Gruppen-
größen überschaubar gehalten werden und alle Teilnehmer der Bundesfachtagung haben die Gelegenheit, für sie wichtige Arbeitsgruppen, die im zeitlichen Ablauf konkurrieren, dennoch zu besuchen.

Ihre Anmeldung mit Anmeldeabschnitt oder formlos richten Sie bitte an
Verband Deutscher Sonderschulen e. V.

– Fachverband für Behindertenpädagogik –

Rosenbergstraße 49

7000 Stuttgart 1

Die preußische höhere Bürgerschule im Vormärz

*Analyse des Bildungsprogramms und der Schülerschaft an der ersten rheinischen höheren Bürgerschule zu Köln**

1. Grundüberlegungen

Die Vernachlässigung des mittleren Bildungswesens in der deutschen Bildungshistorie kann auf unterschiedliche Ursachen zurückgeführt werden: auf die im Verhältnis zum unteren Bildungswesen geringe Schülerzahl, auf die Nachwirkung von Ideen insbesondere des neuhumanistischen Denkens einschließlich der entschiedenen Ablehnung von „Mittelschulen“ durch W. v. HUMBOLDT (vgl. MENZE 1975; 1977), auf die fast ausschließliche Begrenzung organisatorischer Maßnahmen in nur zwei Bereichen der Schulbildung, auf die Bevorzugung der höheren Schulen im gesellschaftlichen Leben, aber auch auf den erheblichen Mangel an aufbereiteten Quellenmaterialien. Die Unsicherheit beginnt schon bei der generellen Definition des mittleren Bildungsbereiches als *Zwischenbereich* zwischen Elementar- und höherer Bildung: Diese Grenzziehung muß angesichts des kurz-, mittel- und langfristigen Wandels der curricularen Determinanten des gesamten Bildungswesens und der vielfältigen Grenzverwischungen zwischen elementaren/mittleren und mittleren/höheren Bildungsanstalten ungenau bleiben.

Für eine differenzierte Analyse des mittleren Bereichs ist die Ermittlung der jeweiligen privaten und/oder staatlichen Träger der Bildungsanstalten erforderlich, ferner eine Darstellung der pädagogischen, politischen, sozialen und ökonomischen Zielsetzungen und der weithin unerforschten Unterrichtswirklichkeit. Eigenart und Traditionslinien des mittleren Bildungsbereichs scheinen a) in der inhaltlichen Bevorzugung „realistischer“ Bildung (angesiedelt zwischen berufspropädeutischer und allgemeinbildender Orientierung) und b) in der gezielten Ausrichtung auf die „mittleren“ Schichten der Bevölkerung zum Ausdruck zu kommen¹.

Darauf läßt sich die Begründung schon der frühneuzeitlichen württembergischen „Modisten“-Schule, aber auch die Realschulentwicklung seit dem 18. Jahrhundert beziehen (vgl. MERTZ 1902, S. 184; DIETRICH/KLINK 1972, S. 24f.).

* Wir danken Herrn OStD Dr. ERWIN KELMES vom Gymnasium Kreuzgasse Köln, der uns die Auswertung des Albums ermöglichte und unsere Arbeit in jeder Hinsicht tatkräftig unterstützte, an dieser Stelle ganz besonders. Die Kodifizierung der etwa 25 000 Daten erledigte dankenswerterweise CHRISTOPH APEL. Für ihre freundliche Unterstützung bei der Auswertung der aufbereiteten Daten sind wir Prof. Dr. CHRISTINE SCHWARZER und GUNDI HAAS (beide Universität Düsseldorf) zu Dank verpflichtet. Ohne die Mithilfe der Genannten wäre der Aufsatz wohl nicht entstanden.

1 Zur Genese des mittleren Bildungswesens vgl. grundlegend aus unterschiedlichen Perspektiven: VARRENTRAPF 1889; MOLDENHAUER 1895; HOFFMANN 1901; BARTH²1916; PAULSEN 1921, Bd. II; BRANDAU 1959; MASKUS 1966; WALDEYER 1974; MÜLLER 1977; LUNDGREEN 1980, Bd. I. Die Entwicklung der Gewerbeschulen wird eindrucksvoll dargestellt von SCHIERSMANN 1979. Neuere regional bzw. lokal ausgerichtete Studien zur Realschulentwicklung: WITTMUTZ 1981; BUCHINGER 1983.

In den *preußisch gewordenen Rheinlanden* zählten zum mittleren Bildungswesen, dessen Anstalten wie auch die Elementarschulen durch die regionalen Regierungen verwaltet und beaufsichtigt wurden und damit also von den dem Provinzialschulkollegium unterstellten Gymnasien administrativ klar getrennt waren, strukturell so unterschiedliche Institutionen wie Stadt- und Lateinschulen, (höhere) Bürger- und Realschulen, Provinzial-Gewerbeschulen, Progymnasien und (höhere) Töchterschulen. Die Ausgestaltung dieses Bildungsbereichs – darauf verweisen die behördlichen Unterlagen der einzelnen Regierungen – erfolgte erst im Anschluß an die Grundlagenregelungen für das niedere und höhere Schulwesen und war von Anfang an in seiner Entwicklung strukturell beeinträchtigt: etwa durch die Finanznot der Gemeinden, den Mangel an qualifizierten Lehrern und die Konkurrenz durch Privatinstitute (vgl. dazu APEL/KLÖCKER – in Vorber., Kap. 4). Vorrang beim Ausbau eines neuartigen mittleren Bildungsbereichs genoß damals die Einrichtung eines neuen Typs der höheren Bürgerschule.

KARL FRIEDRICH AUGUST GRASHOF (1814 bis 1816 Direktor des öffentlichen Unterrichts am Niederrhein, ab 1816 Konsistorial- und Schulrat am Kölner Konsistorium, zugleich kommissarischer Leiter des Karmeliter-Kollegiums zu Köln – s. BLUME/NIEDERLÄNDER 1928; KLINKENBERG 1928; HEUSER 1930; APEL 1984; ferner VARRENTRAPP 1889 und PAULSEN ³1921) hatte in diesem Zusammenhang um 1824 zunächst die „*rheinische Konzeption*“ eines multifunktionalen Gymnasiums mit einer gewissen „*Wahldifferenzierung*“ im sprachlichen Bereich entwickelt; in seinem Lehrplan sollten der verpflichtende Griechischunterricht aufgehoben und die Wahl moderner Sprachen zugelassen werden. Den Wünschen von Handel und Gewerbe nach einer der späteren Berufstätigkeit angemessenen Allgemeinbildung sollte damit entsprochen werden. Die auf ein Studium der Realien und der modernen Sprachen zielende Grundbildung sollte zwar nicht zur Abiturientenprüfung berechtigen, aber nach GRASHOFS Vorstellungen an den Gymnasien angeboten werden, um diesen Anstalten vor allem in den unteren Klassen die Schülerzahl zu erhalten, die für das Bestehen der Institute notwendig war. Was seine Konzeption einer höheren Einheitsschule betraf, so umschloß sie sowohl eine wissenschafts- als auch eine berufsspezifische Ausrichtung: Die aus Sekunda entlassenen Schüler sollten neben ihrer außerschulischen Berufsausbildung in der höheren Schule am Unterricht in den modernen Sprachen und Naturwissenschaften teilnehmen können. Diese Konzeption fand zwar auf einer Plenarversammlung der rheinischen Konsistorial- und Schulräte 1824 in Köln (vgl. VARRENTRAPP 1889, S. 362 ff.; s. auch KLÖCKER, 1974, S. 67–77) die Zustimmung fast aller Kollegen, widersprach aber der ministeriell bevorzugten Konzeption des neuhumanistischen Gymnasiums als einer Gelehrtenschule, die propädeutisch auf die wissenschaftliche Betätigung an der Universität zielte. Das Berliner Kultusministerium orientierte sich an der in Berlin von SPILLECKE (1825) bereits verwirklichten *Konzeption nebeneinander bestehender Schultypen des höheren und mittleren Bildungswesens*. SPILLECKE stand als Direktor einer Gelehrten-, einer höheren Bürger- bzw. Real- und einer damit verbundenen Mädchenschule vor. Er hatte mit seinen Überlegungen zu einer am Studium der Realien orientierten Allgemeinbildung, welche die Verfügung des Menschen über die Natur und damit den technischen Fortschritt sichern sollte, leitende Beamte des Unterrichtsministeriums beeindruckt. Der in seiner Programmschrift von 1822 erläuterte spezifische Unterricht, der einen „zweckmäßigen Einfluß auf die Bildung des künftigen Bürgers haben“ (SPILLECKE 1825, S. 91) sollte, entsprach den Erwägungen, die im

Ministerium angestellt wurden, um den Andrang auf die Gymnasien und später in die Staatsämter zu bremsen und den Wunsch nach weiterführender Allgemeinbildung auch auf solchen Anstalten zu erfüllen, die eindeutig auf die Ausübung bürgerlicher Berufe vorbereiteten. Aus dem vorrangigen Interesse an einer höheren Allgemeinbildung für die Mitglieder des „Handels-, Verkehrs- und Nährstandes“, zugleich in dem Wunsch, einen beträchtlichen Teil der nicht studierwilligen Schüler aus den Gymnasien abzuleiten und damit den Typus des neuhumanistischen Gymnasiums zu erhalten, trat das Ministerium in diesen Jahren verschiedentlich für die Errichtung höherer Bürgerschulen ein. Dieses Vorgehen versprach zudem eine Entlastung der Staatskasse, weil derartige Bürgerschulen durch die Kommunen unterhalten werden mußten.

Die Position des Ministeriums tritt klar zutage in der Ablehnung jenes Antrages, den GRASHOF 1824 als Kölner Konsistorialrat bezüglich des gymnasialen Lehrangebots stellte. GRASHOF beantragte einen Dispens bestimmter Schüler vom Griechischunterricht und bat um Erlaubnis, an den Gymnasien parallel Lektionen in alten und modernen Sprachen anzubieten. Das Ministerium wies dies jedoch zurück und rügte in seiner abschlägigen Verfügung vom Mai 1825 die rheinischen Versuche einer Modifizierung des gymnasialen Curriculums. Zwar – so das Ministerium – bemühe sich die Berliner Unterrichtsverwaltung, die „eigenthümliche(n) Verhältnisse“ in den verschiedenen Provinzen der preußischen Monarchie zu berücksichtigen, doch könne von der regionalen Unterrichtsverwaltung in diesem Zusammenhang nicht bestritten werden, „daß dieselben Klassen oder Stände der menschlichen Gesellschaft, welche sich in den übrigen Provinzen der Königlichen Staaten finden, auch in den Rhein-Provinzen vorhanden sind, da sich dort, wie überall, auch ein städtischer Nähr-, Handels- oder Verkehrsstand befindet, welcher zu seiner besonderen Lebensweise auch einer eigenthümlichen Bildung und eigenthümlicher Kenntnisse und Fertigkeiten bedarf“ (HStA, Reg. D 2588). Damit wurde auf eine die meisten Städte kennzeichnende Gesellschaftsstruktur verwiesen, aus der sich ein spezifisches Bildungsbedürfnis des höheren Bürgerstandes ergebe. Demzufolge sei „allmählig, wie das Bedürfnis sich kundthut, auch eine eigene Art von Unterrichts-Anstalten zu gründen, welche sich zu den Gymnasien nicht etwa wie eine niedere Stufe der Bildung zu einer höheren verhalten, sondern von denselben durch ihre eigenthümliche Bestimmung nach dem Maaße und dem Inhalte ihrer Lehrgegenstände, und nach der Methode, wie dieselben danach gelehrt werden, wesentlich verschieden sind“ (ebd.). Zugleich betonte das Ministerium, daß derartige Bürgerschulen den übermäßigen Zustrom zu den Gymnasien begrenzen könnten. Mit ausdrücklichem Bezug auf die gesellschaftspolitischen Erfordernisse hatte das Ministerium damit von der Leitidee einer zwar abgestuften, aber doch einheitlich angelegten Allgemeinbildung Abstand genommen².

Klare Übereinstimmung bestand zwischen dem Ministerium und GRASHOF jedoch in der *Ausrichtung der höheren Bürgerschulbildung auf die Mittelschichten*: in der Konstituierungsphase während der zwanziger Jahre dachte man insbesondere an den städtischen „Nähr-, Handels- und Verkehrsstand“, später wurde auch auf die Interessen der staatlichen und städtischen Beamten mittleren Ranges verwiesen. Die Adressaten dieser Bildungspolitik faßte man schon im Vormärz oft als „Mittelstand“ zusammen, wobei allerdings die für die soziale Zuordnung konstitutiven Kriterien (wie: Beruf, Einkommen, Vermögen, Bildung, Prestige, Herrschaftsmöglichkeiten) durchaus differierten; erst allmählich wurden sie in Verbindung gebracht zur umfassenden Kennzeichnung der unterhalb der Reichen stehenden Kleinbürger (vgl. AYÇOBERRY 1975, S. 78f.). Besonders Gewicht besaß für die Kultusbürokratie auch die ideologische Bedeutung des

² Dies geht auch aus dem von MÜLLER als Beleg für die „Gesamtschulfunktion“ des vormärzlichen Gymnasiums in Preußen angeführten Promemoria von 1831 (RÖNNE 1855, Bd. II, S. 139ff.) hervor.

Mittelstandes als Garant einer nicht zwischen zwei extremen „Klassen“ zerrissenen Gesellschaft, dabei konnte an konservative Gesellschafts- und Bildungsmodelle wie etwa BECKEDORFFS Dreigliederung von „Bauern-, Bürger- und Gelehrten-schulen“ (vgl. QUITTSCHAU 1931), aber auch an zeitgenössische Idealvorstellungen liberaler Denker angeknüpft werden.

Ein Beleg hierfür ist, daß in RONNES offizieller Dokumentensammlung über „Das Unterrichtswesen des Preussischen Staates“ (1855) ausführlich die Passagen aus ROBERT VON MOHLS „Polizeiwissenschaft nach den Grundsätzen des Rechtsstaats“ (1832) zitiert werden, in denen der badische Liberale die soziale Gliederung in drei unterschiedliche Erwerbs-„Klassen“ vertrat, denen er jeweils eine spezifische Bildung zugeordnet sehen wollte. Für den größten Teil der Erwerbstätigen, der sich „mit bloßer Handarbeit“ beschäftigte, „wird die Elementarbildung gefordert, wie sie die Volksschule gewährt“ (RONNE 1855, Bd. II., S. 3). Für die zweite Klasse, die sich „mit der Ausübung der Kunst-Gewerbe im weiteren Sinne des Wortes“ beschäftigte, postulierte MOHL immerhin eine „wesentlich weitergehende Vorbereitung“, zumal diese Bürger in der Lage seien, „einer längern und somit gründlicheren und ausgedehnteren Vorbereitung sich unterwerfen zu können, indem es ihnen weniger an den materiellen Hilfsmitteln fehlt“ (ebd.). Die nur der dritten Klasse vorbehaltene klassische Bildung werde hier jedoch nicht benötigt, denn „zu einer Ausbildung und Vermehrung des geistigen Nationalkapitals ... ist diese Klasse der Bürger ohnedem nicht wesentlich bestimmt“ (ebd., S. 4). Das „Wissen der gelehrten Stände“ wurzele „in der Geschichte, das der Gewerbenden in der Kenntniß der Naturkräfte, und beiden ist ihr Element zu erklären (ebd.).

Der staatliche Rekurs auf Denker wie MOHL verweist auf die gesellschaftspolitische Zielsetzung der preussischen Bildungspolitik in der Nachreform-Ära, in der dem „Mittelstand“ eine einigermaßen fest umrissene Rolle zugeordnet war. Von daher stellt sich hier für die historische Forschung die Aufgabe einer möglichst präzisen Rekonstruktion des tatsächlichen Sozialprofils der Schülerschaft im mittleren Bildungswesen und einer Ermittlung der Inhalte und Ergebnisse der Schulwirklichkeit. Genauere historische Analysen sind erforderlich, um die Einflußstärke der staatlichen Bildungspolitik zugunsten einer dreistufigen gesellschaftlichen Privilegienhierarchie auszuloten. Für sie mußte die Einbindung der „mittleren“ Klasse durch die Einrichtung von allgemeinbildenden bzw. berufsvorbereitenden Schulen, die die Basis für eine spezifische Leistungskompetenz legten, von entscheidender Bedeutung sein. Die Bürger der Mittelschichten in ihrem modernen Klassencharakter bildeten in der damaligen Sozialwirklichkeit allerdings eine durchaus heterogene Vielfalt mit sozialen Gruppen, die auf der einen Seite dem Proletariat, auf der anderen dem Großbürgertum nahestanden. Über den Elementar-schulunterricht hinausreichende Bildungsmotivation und Bildungsbereitschaft konnten schon aufgrund der Schulgeldbarriere nur von den bessergestellten, vor allem von den insgesamt aufstiegsorientierten Bürgern erwartet werden.

Historische Schichtungsanalysen stehen schon aufgrund der fragmentarischen Quellenlage vor teils unüberwindlichen Hindernissen. Das Arsenal moderner Sozialindikatorenforschung für die verschiedenen, vielfältig korrelierenden Schichtungsdimensionen kann somit nur in Ansätzen ausgeschöpft werden. Für Köln und speziell für das frühindustrielle (etwa von 1835 bis 1860) sind die Studien PIERRE AYÇOBERRYS (1968; 1975; 1980) und KLARA VAN EYLLS (1975) die mageren Grundlagen, um zu genaueren statistischen Aussagen über die Sozialstruktur im Vormärz zu gelangen. Für 1849 ermittelt AYÇOBERRY, ausgehend von 23 300 aktiven Bürgern, in der Berufsverteilung einen Anteil von sechs Prozent als zur Kölner Oberschicht gehörig. Hierzu zählt er: „Kaufleute mit kaufmännischen Rechten“, auch wohlhabende Rentner, freie Berufe, Beamte mit akademischer Bildung, Richter, einige Ingenieure, Lehrer an den höheren Schulen (vgl. AYÇOBERRY 1968, S. 15); VAN EYLL (1975, S. 244f.) geht für 1849 von 35 150 Beschäftigten in Köln und von einer höheren Anzahl von Oberschichtangehörigen aus, worauf ihrer Ansicht nach schon die hohe Anzahl von Haushalten mit Diensthilfen verweist. Recht widersprüchliche Angaben gibt es zur breiten Schicht der Armen: In den

Krisenjahre 1816/17 werden 18 000 bis 19 000 (ein Viertel bis ein Drittel der Bevölkerung) genannt, 1848 waren etwa 25 000 Personen (fast 30 Prozent der Bevölkerung) in den Kölner Armenlisten verzeichnet (vgl. VAN EYLL 1975, S. 247). Wenn AYÇOBERRY den Strukturwandel im Kölner Mittelstand zwischen 1820 und 1850 nachverfolgt, so muß er davon ausgehen, daß die Quellen zur Geschichte des Handwerks „entweder Gesamtzahlenreihen ohne Berufsangaben, oder zerstreute Berufszählungen ohne Kontinuität [liefern]; über den Einzelhandel sind die Angaben weder nach Jahren noch nach Berufen reichhaltig“ (1975, S. 80).

Die sich schon daraus ableitenden Probleme, das tatsächliche Sozialprofil zeitgenössischer Schulen zu zeichnen (vgl. schon KAHL 1915, S. 41; GOTHEIN 1916, S. 197ff.), gelten für Köln und darüber hinaus. Es ist von daher nicht verwunderlich, daß Studien über die soziale Herkunft der Schüler an weiterführenden Schulen für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts noch selten sind. Wenig ist bislang über die Dauer des Schulbesuchs, über den Schulerfolg durch erlangte Schulabschlüsse und insbesondere über das Verhältnis zwischen Schulbesuch, Schulabschluß, Schulerfolg und sozialer Herkunft bekannt. Immerhin haben in den letzten Jahren MÜLLER (1977), KOPPENHÖFER (1980), KRAUL (1980) und SCHÖNEMANN (1982) für den Bereich der gymnasialen Schulbildung, SCHIERSMANN (1979) für die preußische Gewerbeschule wichtige Beiträge zu einer Erhellung des Sozialprofils der Schüler weiterführender Schulen im 19. Jahrhundert vorgelegt. Für die höheren Bürgerschulen, die in den preußischen Westprovinzen nach 1825 als fortschrittliche Institute des mittleren Bildungswesens speziell für die Bildungsbedürfnisse des „Handels-, Verkehrs- und Nährstandes“ eingerichtet wurden, fehlen bis jetzt solche Untersuchungen.

Wenn im folgenden die erste höhere Bürgerschule in Köln und ihre Schülerschaft genauer untersucht werden, dann soll an diesem Beispiel die *Notwendigkeit einer intensiven Ausschöpfung und Auswertung der historischen Quellen „vor Ort“* demonstriert werden. Die staatlichen Bildungsrichtlinien sollten wenn möglich in ihrer Realisation am Ort untersucht werden. Erst dann wird die heute allgemein geforderte *Realgeschichte* der Erziehung und Bildung geschrieben werden können. Erst bei weiteren quellenkritischen Untersuchungen wie der vorliegenden sind die Grundlagen zu gewinnen, die generelle Aussagen zur Entwicklung der höheren Bürgerschule einschließlich der Wechselbeziehungen zu Kultur, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erlauben. Bei einem solchen Vorgehen muß man alle archivalischen Quellen ausschöpfen.

Für die Vor- und Frühphase der ersten Kölner höheren Bürgerschule informieren die vorhandenen Archivquellen z. B. über die schon dargestellte Kontroverse zwischen Vertretern der „rheinischen“ Bürgerschulkonzeption und dem eine abweichende Zielvorstellung verfolgenden Berliner Kultusministerium. Im Historischen Archiv der Stadt Köln befinden sich zudem die überlieferten Jahresberichte, eine Fülle weiterer Schulakten (Bestand 205) und ein „Bericht über die Verhältnisse der höheren Bürgerschule“, den 1848 eine gemeinderätliche Kommission vorgelegt hat (HASK, 205/2/1). Der Bericht von 1848 enthält unter anderem mehr oder weniger genaue Angaben zur sozialen Herkunft, zu den Laufbahnen und den späteren Berufen der Schüler.

Bei einer alltagsorientierten Schulgeschichtsforschung sind über die Archivquellen hinaus die oft gedruckt vorliegenden Schulprogramme und Festschriften zu berücksichtigen. Diese vermitteln aus einer offiziellen Perspektive Einblicke in die Schulwirklichkeit. Zudem kann man Berichte der Fachzeitschriften, der Lokalpresse und, wenn vorhanden, Lebenserinnerungen heranziehen. Als weithin vernachlässigte Art von Quellen sind ferner die (teils noch im Schulbesitz befindlichen) *Schüleralben* zu betrachten, deren Existenz weit zurückverfolgt werden kann. Die in ihnen überlieferten Daten können vielfältige Aufschlüsse, insbesondere auch über die soziale Herkunft der Schüler, vermitteln.

Auch das Schüleralbum der ersten rheinischen höheren Bürgerschule zu Köln ist noch erhalten; heute ist es im Besitz der Nachfolge-Institution Gymnasium Kreuzgasse, Köln. Dieses Album, von dem

ersten Direktor der Kölner Anstalt geführt, vermittelt für die Zeit von 1828 bis 1847 bei 2004 Eintragungen Daten über 1999 Schülern. Die Angaben sind bis Nr. 558 in Textform, anschließend statistisch geführt. Erfasst sind in der Regel für jeden Schüler die Konfession, das Einschulungsalter, die vorherige Schulbildung, der Beruf des Vaters, die Verweildauer auf der Schule und Benotungen. Angaben über den Schulabgang und die spätere Berufswahl liegen nicht immer vor.

Die wichtigen Angaben über den Beruf des Vaters (in Ausnahmefällen der Mutter bzw. des Vormundes) sind in ihrer Aussagekraft durchaus zu relativieren. So geben sie keine Auskünfte über die genaue Stellung innerhalb der Berufssparten; höchstens wird etwa bei Handwerkern der Meistertitel angegeben. Man erfährt nichts über Berufswechsel oder über die Eigentumsverhältnisse. Die Berufsgruppenvielfalt kann, basierend auf den vorhandenen Eintragungen, für die EDV-gestützte Analyse in einer linearen Schichtungs-skala so kategorisiert werden:

- 01 Höhere Beamte (ausschließlich Offiziere/einschließlich Oberlehrer u. a.)
- 02 Offiziere (einschließlich Militärärzte)
- 03 (Groß-)Grundbesitzer
- 04 Freiberufliche Akademikerguppen (z. B. Notare, Ärzte, Advokaten)
- 05 Künstler
- 06 Unternehmer (Fabrikanten/Bankiers/Branntweinbrenner/Makler/Schiffer u. a.)
- 07 Handwerksmeister
- 08 Handwerker ohne Meisterangabe
- 09 Klein- und Einzelhändler
- 10 Gastwirte
- 11 Landwirte
- 12 mittlere und niedere (staatliche und städtische) Beamte und Angestellte
- 13 Elementarschullehrer/Privatschullehrer/Schulamtskandidaten
- 14 Arbeiter im technischen Bereich (Mechaniker/Blecharbeiter/chem. Laborant/Ingenieur u. a.)
- 15 Handarbeiter/Dienstboten/Dienstpersonal (Hauderer/Pförtner/Lohnkutscher/Hausknecht/
Kanzleidiener u. a.)
- 16 Privatmann/Rentner/Pensionär/Eigentümer
- 17 Witwen
- 18 Eltern tot/elternlos

Da die Angaben über die Berufswahl der Schüler von dem Direktor zumeist noch allgemeiner gehalten sind, können – wiederum in Anlehnung an die zeitgenössischen Vorstellungen – nur die folgenden Kategorien gebildet werden:

- 1 Zum Handels- (einschl. Verkehrs- bzw. Kaufmanns-)stand (In ein Handlungshaus/Fabrikant/
Buchhändler/Kaufmann/Um sich der Handlung zu widmen/Steuerpartei/Handlungslehrling/ist
jetzt Geschäftsführer u. a.)
- 2 Zum Handwerk (Bierbrauer/Lithograph/Goldschmied/Steinmetz/Sattler u. a.)
- 3 Zur Technik
- 4 Zur Landwirtschaft (Landökonom u. a.)
- 5 In den Lehrerstand
- 6 Zum Militär (Hospitant zur Divisionsschule/Garnisonsschule u. a.)
- 7 Sonstige (Wird Ausbildung privat fortsetzen/Soll studieren/Künstler/Apothekerstand u. a.)

2. Institutionalisierung und Entwicklung der ersten höheren Bürgerschule zu Köln

Die der Einrichtung vorausgehenden Verhandlungen, die Gründung und die äußere Geschichte der ersten höheren Bürgerschule in Köln sind gut dokumentiert. Aus den Beiträgen zur Entwicklung der Anstalt (BLUME/NIEDERLÄNDER 1928; KLINKENBERG

1928; Festschrift 1978) und aus den überlieferten Schulakten geht hervor, daß diese Schulanstalt 1828 als erste höhere Bürgerschule in den Rheinprovinzen eingerichtet wurde. Sie stand für das neue Prinzip einer Allgemeinbildung, die als effektive Grundlage für spätere berufliche Tätigkeiten im „bürgerlichen Leben“ gedacht war. Im Anschluß an die 1825 ministeriell angeordnete Einführung einer zugleich allgemeinbildenden und curricular speziell auf den Nähr-, Handels- und Verkehrsstand ausgerichteten mittleren Schulanstalt hatten die Vorarbeiten zur Einrichtung der höheren Bürgerschule in Köln begonnen. Unter Berücksichtigung gutachtlicher Vorschläge verordnete die Kölner Regierung 1828 Lehrplan und Rahmenbedingungen für die neue Schulform.

Die besonderen Erwartungen, die die Schulaufsicht mit der Einrichtung dieses Schultyps verband, gehen aus GRASHOFS „Bekanntmachung...“ (1828, S. 1) hervor: Das Publikum wurde vor allem darüber informiert, daß der „Zweck“ der neuen Schule „die unmittelbare allgemeine Ausbildung für diejenigen Berufsarten im bürgerlichen Leben umfasse, welche zwar in der Regel einer höhern wissenschaftlichen Grundlage bedürfen, diese aber auf einem andern Wege, als die Gymnasien, also nicht durch das Studium der Alterthumswissenschaft in ihren Quellen, suchen, sondern an dessen Stelle ein möglichst tiefes und umfassendes Studium der Natur und das darauf gegründete Streben, sich dieselbe mit möglichster Sicherheit zu unterwerfen, gesetzt wissen wollen. Es gehören zu diesen Berufsarten vorzugsweise die *Künste, die höhern Gewerbe und der Handelsstand*; mit einer geringen Modifikation können aber auch der *höhere Mittelstand* und die *höhern Subalternen* bei den Gerichts-, den Verwaltungs- und den technischen Behörden dahin gerechnet werden, denen der Weg zu ihrem Ziele am besten in beiden Richtungen planmäßig geöffnet bleibt.“ Wenn an späterer Stelle noch einmal ausdrücklich wiederholt wurde, daß die höhere Bürgerschule keine berufsvorbereitende „Handwerksschule“ sei, so verwies die Regierung damit nachdrücklich auf das Prinzip der Allgemeinbildung. Die neue Schule sollte sich von den bestehenden Gymnasien durch die schwerpunktmäßige Orientierung auf eine naturwissenschaftliche Bildung unterscheiden, durch einen auf sechs Jahre angelegten Bildungsgang, der so offen sein sollte, daß sein Abschluß bessere Eingangsvoraussetzungen sowohl für die Ausbildung in einem Gewerbe als auch für den Eintritt in den Büro- oder Militärdienst bot. Die Schüler sollten, wie der Lektionsplan ausweist, vor allem Mathematik/Naturwissenschaft und moderne Sprachen, aber nicht Latein erlernen (vgl. Tabelle 1):

Tabelle 1: Lektionsplan der höheren Bürgerschule zu Köln 1828

Unterrichtsgegenstände	(Sexta)						(Prima)	Insgesamt
	VI	V	IV	III	II	I		
1. Religion	2	2	2	2	2	2	12	
2. Geschichte und Geographie	4	4	3	3	3	3	20	
3. Mathematik und Physik in ihren angewandten Theilen	10	10	10	10	12	12	64	
4. Deutsche Sprache u. Literatur								
5. Neuere fremde Sprachen und deren Literatur	10	10	11	11	12	12	66	
6. Technische Fertigkeiten	10	10	10	10	7	7	54	
Insgesamt	36	36	36	36	36	36	216	

In jeder Klasse waren 36 Unterrichtsstunden pro Woche vorgesehen, vier mehr als in den meisten Gymnasialklassen. Die Dominanz der modernen Sprachen und der naturwissenschaftlichen Fächer ist eindeutig erkennbar. Damit war dem städtischen Bürgertum eine Alternative zu den gymnasialen Anstalten geboten. In der 1832 durch das Ministerium verfügten „Vorläufige(n) Instruction für die an den höheren Bürger- und Realschulen anzuordnenden Entlassungs-Prüfungen“ (RÖNNE 1855, II, S. 31ff.) wurden die an den Abschluß dieses Schulkurses gebundenen Berechtigungen festgelegt. Der mittlere Bildungsgang wurde dadurch auch in seiner gesellschaftlichen Relevanz bestimmt: Die Absolventen der höheren Bürger- und Realschulen sollten nach bestandener Abschlußprüfung „in den einjährigen freiwilligen Militärdienst, in das Post-, Forst- und Baufach und in die Bureaux der Provinzialbehörden“ (ebd., § 1) eintreten dürfen. An die Vergabe dieses den Absolventen der oberen Gymnasialklassen bislang vorbehaltenen Vorrechts wurden jedoch bestimmte Bedingungen geknüpft: Der Absolvent müsse sich – so in § 4 ausformuliert – erstens in den Sprachen Deutsch, Latein und Französisch ausweisen und zweitens seine Kenntnisse in Mathematik, Naturwissenschaften, Geschichte, Geographie und Religion nachweisen.

Mit der Forderung, daß auch der Abiturient der höheren Bürgerschule über Lateinkenntnisse verfügen müsse, sofern er Anspruch auf die festgesetzten Berechtigungen für das Berufsleben erhebe, wurde freilich die gerade erst eingeführte Form einer eigenständigen lateinlosen Real-Bildung wieder entscheidend modifiziert. Dem Direktor der Kölner höheren Bürgerschule THOMAS JOSEF ESCHWELER (zur Person vgl. FESTSCHRIFT 1928, S. 145) gelang es trotz der ministeriellen Favorisierung des Lateinunterrichts noch bis zum Anfang der vierziger Jahre, den offiziellen Lektionsplan ohne Lateinstunden durchzusetzen. In seinem Jahresbericht für das Schuljahr 1839/40 an die Königliche Regierung zu Köln hob er noch einmal seine persönliche Überzeugung von der Relevanz einer an den modernen Sprachen und an den Realien orientierten Allgemeinbildung hervor und unterstrich im Hinblick auf die geforderte Einführung des Lateinunterrichts, daß er sich ebensowenig wie seine Kollegen in Aachen und Elberfeld veranlaßt sehe, „von dem kaum betretenen Wege alsobald wieder abzugehen, wenigstens so lange nicht, als die Ansichten in dieser Sache und überhaupt der ganze Streit zwischen dem Humanismus und Realismus in der pädagogischen Welt noch zu keiner Einigung und sicherem Resultat“ (HASK, 204/5/1, Bl. 91f.) gekommen seien. Den Vorteil des nun verlangten Lateinunterrichts stellte er auch noch prinzipiell in Frage, als er die Lateinstunden bereits gezwungenermaßen in den offiziellen Lehrkurs aufgenommen hatte, um die wichtige Berechtigung zur Durchführung der Abschlußprüfungen zu behalten. Da „bei Weitem die Mehrzahl der die hiesige höhere Bürgerschule besuchenden Zöglinge sich nach ihrem Austritt dem Handel und Gewerbe zuwenden, werde das vorgeschriebene Latein allenfalls widerwillig erlernt.

Den bis 1846 eingetretenen Wandel des schulischen Systems verdeutlicht der Vergleich des Lektionsplans von 1828 mit dem im folgenden wiedergegebenen Lehrplan von 1846/47 (vgl. Tabelle 2):

Tabelle 2: Lektionsplan der höheren Bürgerschule zu Köln 1846/47 (zusammengestellt nach dem Jahresbericht 1846/47 in HASK, 205/5/1, Bl. 151f.)

Unterrichtsfächer	(Sexta)			(Prima)			Insgesamt
	VI	V	IV	III	II	I	
Deutsch	5	4	2	2	3	3	19
Französisch	5	5	5	5	4	4	28
Latein	4	4	4	4	3	3	22
Englisch	–	–	–	3	3	3	9
Italienisch	–	–	–	–	–	3	3
Religionslehre	2	2	2	2	2	2	12
Geschichte	–	2	2	3	3	3	13
Geographie	3	2	2	2	2	2	13
Naturgeschichte	–	2	3	2	2	–	9
Physik/Chemie	–	–	–	–	4	6	10
Arithmetik	5	4	4	4	3	3	23
Geometrie	–	–	2	2	2	3	9
Zeichnen	2	2	2	2	2	2	12
Kalligraphie	2	3	3	2	–	–	10
Gesanglehre	2	2	2	2	2	2	12
Insgesamt	30	32	33	35	35	39	204

Die Anzahl der Stunden für die modernen Sprachen (einschließlich der Muttersprache und ihrer Literatur) wurden gegenüber dem Plan von 1828 zugunsten des Latein reduziert. Auch die Anzahl der mathematisch-naturwissenschaftlichen Lektionen verringerte sich in allen Klassen außer der obersten. Dagegen wurden für Geschichte und Geographie in dem Lektionsplan von 1847 mehr Stunden als bis dahin vorgesehen. Diese andere Verteilung belegt, daß die ursprüngliche Konzeption einer an den Realien orientierten Allgemeinbildung modifiziert worden war. Die Umwandlung wurde von den Interessen des Ministeriums und nicht von dem Bestreben der Realschullehrer nach einer Aufwertung ihrer Schulform bestimmt. Die Direktoren der rheinischen höheren Bürgerschulen machten dies deutlich, indem sie sich gegen diese Änderung des Lehrplans aussprachen.

Wie schon die Auseinandersetzungen um die lehrplanmäßige Gestaltung der Schule, insbesondere des Lateinunterrichts, zeigen, darf der klar strukturierte Lektionsplan nicht die Vorstellung erwecken, als habe die höhere Bürgerschule Mitte der vierziger Jahre bereits zu einer eindeutigen Bestimmung ihrer gesellschaftlichen Funktion und ihres Verhältnisses gegenüber dem Gymnasium gefunden. In dieser Hinsicht bleibe, so konstatierte der Kölner Direktor in seinem Generalbericht vom Juni 1846, „zum völligen Aufblühen noch Vieles zu wünschen übrig“ (HASK, 205/5/1, Bl. 58). Die Stellung der Schule innerhalb des Bildungssystems sei noch immer unsicher. Vor allem gebe es eine Benachteiligung der Bürgerschüler durch die besonders hohe Schulgeldforderung und den Mangel an Stipendien. Auch die offensichtlich anerkannte „Bedeutung der höheren Bürgerschule für die spätere Lebensweise ihrer Schüler“ (ebd., Bl. 3), ihren deutlichen Vorteil gegenüber dem gymnasialen Lehrkurs, sah der Direktor bis dahin nicht gewürdigt. Vielmehr, so seine Feststellung, habe die Verpflichtung auf den Lateinunterricht die

ursprüngliche Alternative zum gymnasialen Bildungsangebot weitgehend verwässert. Vor Ort – so belegen die kritischen Anmerkungen GRASHOFS und ESCHWEILERS beispielhaft – fand die ministerielle Ausrichtung auf eine mittlere Schulbildung ohne konsequente curriculare Einbindung der neuphilologischen und naturwissenschaftlichen Fächer schon frühzeitig kompetente Kritik.

3. *Die Schüler der Kölner höheren Bürgerschule zwischen 1828 und 1847*

Im städtischen Schulsystem Kölns stand die höhere Bürgerschule als Angebotsschule für Schüler aus der Mittelschicht neben zwei Gymnasien und den niederen Schulen. Der Direktor dieser Anstalt hielt in seinem Jahresbericht von 1840 zur Situation seiner Schule fest, daß diese fast ausschließlich von Schülern besucht werde, die sich künftig dem Kaufmanns-, Fabrikanten, Landwirts- oder Gewerbestand widmen sollten.

Allerdings wurde der Ausbau der höheren Bürgerschule durch die in der Stadt herrschende Konkurrenz der weiterführenden Schulen um die Schüler bedroht. In diesem Zusammenhang sah Direktor ESCHWEILER die 1833 eingerichtete Provinzial-Gewerbeschule und die beiden Gymnasien gegenüber seiner Bürgerschule im Vorteil: erstere, weil sie durch stärker berufsbezogene Lehrkurse und durch staatliche „Begünstigungen“ die Schüler „von den höheren Bürgerschulen ab- und sich zuziehe“ (HASK, 205/5/1; Bl. 89); letztere, weil der gymnasiale Lateinunterricht den Schülern Vorteile bei der Bewerbung um öffentliche Ämter einschließlich der Zulassung zum einjährigen Militärdienst verschaffe und weil die Gymnasien jenen Schülern Unterricht in den Realien anböten, die sie vom Griechischunterricht befreit hatten. Angesichts dieser innerstädtischen Konkurrenz um Schüler und finanzielle Zuwendungen (private Stiftungen/Grundvermögen/staatliche Gratifikationen) befand sich die städtische höhere Bürgerschule in keiner leichten Position. Trotzdem gelang es, bis zur Mitte der dreißiger Jahre in sechs Klassen etwa 300 Schüler pro Jahr zu unterrichten (vgl. dagegen Dreikönigsgymnasium: rund 350 Schüler; Friedrich-Wilhelm-Gymnasium: rund 180 Schüler; Provinzial-Gewerbeschule: rund 25 Schüler). Das Gebäude, in dem sich diese zweitgrößte Schule Kölns befand, war allenfalls für 240 Schüler eingerichtet und verfügte über keinen Schulhof. Die mangelhaften Verhältnisse des Lokals waren Gegenstand mehrerer, lange Zeit vergeblicher Anträge für einen Schulneubau (vgl. dazu den Bericht der gemeinderätlichen Kommission 1848, S. 13; HASK, 205/2/1, Bl. 66ff.). Daß sich die Schule dennoch eines regen Zuspruchs erfreute, verweist auf die trotz aller äußeren Widrigkeiten hohe Anziehungskraft dieser „mittleren“ Schulanstalt.

Zwischen 1828 und 1847 besuchten nach den Angaben aus den beiden vorliegenden Schüleralben 1999 Schüler die Anstalt. Von diesen waren 1428 (71,4 Prozent) katholischen, 465 (23,3 Prozent) evangelischen und 67 (3,4 Prozent) jüdischen Glaubens. Für 37 (1,9 Prozent) Schüler wurde eine Zugehörigkeit zu anderen Glaubensgemeinschaften genannt. Die Kölner Bevölkerung bestand demgegenüber im Vormärz zu über 90 Prozent aus Katholiken (1816: 95,8 Prozent; 1871: 84 Prozent); der Anteil sank dann etwas ab, der Anteil der Protestanten (1816: 3,9 Prozent; 1871: 13,5 Prozent) und Juden (1815: 0,3 Prozent; 1871: 2,5 Prozent) wuchs dagegen im 19. Jahrhundert erkennbar (vgl. die Zahlenangaben bei VAN EYLL 1975, S. 170). 1278 (63,9 Prozent) Schüler stammten aus dem Kölner Stadtgebiet³, 718 (35,9 Prozent) kamen von außerhalb, für drei (0,2 Prozent) Schüler fehlt eine entsprechende Angabe. Als Indiz für die Attraktivität dieser Schule

3 In einzelnen zeitgenössischen Berichten werden für 1847 auch die Deutzer Schüler zu den Internen gerechnet, was auf die Kürze des Schulwegs zurückzuführen sein mag. Zur Topographie vgl. VAN EYLL 1975, S. 170ff.

kann gewertet werden, daß die Schüler auch aus sehr weit entfernten Orten (selbst aus London und Buenos Aires) kamen. Die Angaben über die Berufszugehörigkeit der Eltern geben einen gewissen Aufschluß über die soziale Herkunft der Schüler an der höheren Bürgerschule (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Angaben über die Berufe der Eltern der Schüler an der Kölner höheren Bürgerschule 1828–1847

Berufsgruppen	abs.	in %
Höhere Beamte	37	1,9
Offiziere	48	2,4
Großgrundbesitzer	33	1,7
Freiberufler/Akademiker	51	2,6
Künstler	15	0,8
Unternehmer	203	10,2
Handwerksmeister	94	4,7
Handwerker (o. Meister)	224	11,2
Klein-/Einzelhändler	545	27,3
Gastwirte	56	2,8
Landwirte	151	7,6
Mittlere/niedere Beamte	220	11,0
Lehrer	18	0,9
technische Arbeiter	10	0,5
Handarbeiter	11	0,6
Privatmann	37	1,9
Witwe	21	1,1
Eltern tot	146	7,3
Tierarzt	1	0,1
Bürgermeister	25	1,3
Pfarrer	5	0,3
o. A.	48	2,4
Insgesamt	1999	100,6

Diese Übersicht verdeutlicht, daß die Eltern von fast drei Viertel der Schüler dem „Handels-, Verkehrs- und Nährstand“ zuzurechnen waren, wobei die Herkunft aus Familien, die kleinere Gewerbe betrieben, zu überwiegen scheint. Die größte Gruppe der Schüler kam aus Familien von Klein- und Einzelhändlern. In Köln, so resümiert KLARA VAN EYLL, war auch zu Beginn der preußischen Zeit der Handel immer noch „die allerwichtigste Nahrungsquelle“ (1975, S. 200). Auch die gewerbetreibende Gruppe der Unternehmer/Handwerksmeister/Handwerker stellte einen sehr großen Anteil der Schüler. Neben diesen fällt noch die stattliche Anzahl von Söhnen mittlerer und niederer Beamter auf. 7,6 Prozent aller Schüler waren Söhne von Bauern: ein angesichts der anhaltenden Bedeutung der Landwirtschaft in und um Köln nicht allzu hoher Anteil. Insgesamt läßt Tabelle 3 erkennen, daß die Kölner höhere Bürgerschule im Vormärz überwiegend von den Söhnen derjenigen gesellschaftlichen Berufsgruppen besucht wurde, für die sie eingerichtet worden war.

Die meisten Schüler hatten vor ihrem Eintritt in die Bürgerschule eine Elementarschule besucht. 854 (42,7 Prozent) gaben an, vorher in einer städtischen Elementar- bzw.

Pfarrschule unterrichtet worden zu sein. 215 (10,8 Prozent) hatten eine ländliche und 250 (12,5 Prozent) eine – zumeist in der Stadt Köln gelegene – Privatschule besucht. Dies sind zwei Drittel aller Schüler. Nur 162 (8,1 Prozent) Schüler wurden durch einen Hauslehrer bzw. durch Privatunterricht auf die weiterführende Schule vorbereitet. 422 (21,2 Prozent) kamen von anderen weiterführenden Schulen, darunter 246 (12,3 Prozent) vom Gymnasium.

Die Dauer des Aufenthalts in der Anstalt war recht unterschiedlich. Wie bei den Gymnasien jener Zeit üblich (vgl. MÜLLER 1977; KRAUL 1980), stellte auch bei der höheren Bürgerschule die vorzeitige Beendigung der Schullaufbahn eine gesellschaftlich akzeptierte Form des Schulabschlusses dar. Die Übersicht für die Jahre 1828 bis 1847 zeigt (vgl. Tabelle 4),

- daß insgesamt mehr als die Hälfte der Schüler aus den drei unteren, immerhin ein Drittel schon aus den beiden unteren Klassen abging,
- daß die Anzahl der Abgänger aus der Quinta und Quarta am höchsten war und
- daß sich die Quoten der jeweiligen Abgänger aus den drei oberen Klassen nicht mehr stark voneinander unterschieden.

Tabelle 4: Verteilung der Schulabgänger auf die Klassen (1828–1847)

Klassen	(Sexta)	V	IV	III	II	(Prima)
	VI					I
abgegangen:						
absolut	257	410	436	319	305	269
in Prozent	12,9	20,5	21,8	16	15,3	13,5

Nach dem Verhalten der Schulabgänger zu schließen, gab es in der Schule eine untere und eine obere Stufe, nach der ein Schulabgang möglich erschien. Ob dieses Schulbesuchsverhalten durch die Zugehörigkeit zu bestimmten Berufsgruppen verständlich gemacht werden kann, wird noch zu untersuchen sein. Die Deskription der Verhältnisse ist an dieser Stelle zunächst mit der Auflistung der Gründe fortzusetzen, die von den Schülern für ihren Abgang genannt wurden: 158 (8 Prozent) Schüler beendeten die Schullaufbahn mit der Abschlußprüfung nach der seit 1832 gültigen Instruktion. 218 (11 Prozent) wechselten auf andere weiterführende Schulen wie Gymnasien, Progymnasien, Privatinsti-tute. 49 (2,5 Prozent) Schüler gingen auf eine Gewerbeschule bzw. nach dem bestandenen Real-Abitur auf das Berliner Gewerbeinstitut. Bei fast der Hälfte der Schüler (943) vermerkte der Direktor, daß sie die Schule „ohne Abschied“ oder „ohne Angabe von Gründen“ verlassen hätten. Zählt man zu diesen 943 noch die 484 Schüler, über deren Abgang jede Angabe fehlt, dann verließen 1427 (71,5 Prozent) Schüler die Schule, ohne sich abzumelden und ohne Gründe anzugeben.

Schon deshalb sind die Daten über die späteren Berufe der Schüler sehr unvollständig und nur unter Vorbehalt auszuwerten. Von den vorzeitig abegangenen Schülern hielt der Direktor auch dann den Beruf im Album fest, wenn er ihm später von anderer Seite mitgeteilt wurde. Daher kann die bei vorzeitigem Abgang von der Schule getroffene Berufswahl für 522 (26,3 Prozent) Schüler mitgeteilt werden (vgl. Tabelle 5):

Tabelle 5: Berufswahl bei vorzeitigem Schulabgang

Berufswahl	abs.	in %
Handelsstand	325	17,7
Handwerk	88	4,4
Technik	8	0,4
Landwirtschaft	57	2,9
Lehrerstand	3	0,2
Militär	41	2,1
o. A.	1319	71,6
Insgesamt	1841	99,3

Weitaus die meisten Schüler entschieden sich demnach für den „Handelsstand“, ein deutlich kleinerer Teil für das Handwerk, die Landwirtschaft oder das Militär. Etwas anders erscheinen die Berufsentscheidungen der Schüler nach der bestandenen Abschlußprüfung (vgl. Tabelle 6):

Tabelle 6: Berufswahl nach bestandem Abitur

Berufswahl	abs.	in %
Handelsstand	62	39,2
Handwerk	6	3,8
Technik	19	12,0
Landwirtschaft	2	1,3
Lehrerstand	2	1,3
Militär	4	2,5
o. A.	63	39,9
Insgesamt	158	100,0

In Tabelle 6 zeigt sich, daß auch nach der Abschlußprüfung ein großer Teil (39,2 Prozent) den „Handelsstand“ wählte. Hoch ist auch der Anteil derer, die sich für die „Technik“, wahrscheinlich die „Erlernung des praktischen Maschinenwesens“ (Bericht 1848, S. 6), entschlossen⁴.

Die bisherige deskriptive Zusammenstellung der Daten muß in einem zweiten Zugriff nun durch den Versuch ergänzt werden, Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Variablen aufzuzeigen. Statistisch bietet sich hierzu das Verfahren der Cross-Tabulierung an, bei dem bestimmte Variablen entsprechend den forschungsleitenden Hypothesen als

⁴ Es ist sehr interessant, die erhobenen Daten mit den Angaben in dem Bericht von 1848 zu vergleichen. Die Kommission hält zur Berufswahl der abgegangenen Bürgerschüler fest: Unter 1000 Abgegangenen schlugen 470 die kaufmännische Laufbahn ein, widmeten sich 81 dem größeren Fabrikbetriebe, 31 der Erlernung des praktischen Maschinenwesens, 23 der Civil-Baukunst, 149 dem Bauhandwerk und den kleineren bürgerlichen Gewerben, 113 dem Betrieb der Land-Ökonomie, 43 dem Militärfache, 22 den schönen Künsten, 17 dem Buchhandel und den Buchdruckereien, 8 dem Seedienste, 9 dem Forst- und Postfache, 23 dem Subaltern-Dienste bei den Verwaltungsbüros und bei Privaten und 11 verschiedenen anderen Berufsarten. Die genauen Quellen, auf die die Kommission ihre Angaben stützt, sind jedoch nicht angegeben.

unabhängige Merkmale gesetzt werden, um dann die Verhältnisse zwischen diesen und anderen erhobenen Merkmalen zu erfassen.

Die vorliegenden Daten über die Schüler der Kölner höheren Bürgerschule im Vormärz geben Auskünfte über das Schulbesuchverhalten, den erreichten Schulabschluß und die spätere Berufswahl. Die Wechselbeziehungen mit soziokulturellen Bedingungen, der vor- und außerschulischen Erziehung, der vorher erfahrenen Schulbildung und der Konfession der Betreffenden müssen jeweils reflektiert werden. Als Schulbesuchverhalten sind die zeitliche Dauer des Aufenthalts an dieser Schule und die Form des Abgangs von dieser Schule faßbar. Mit dem Terminus Schulerfolg werden die unterschiedlichen Formen des Schulabschlusses – Abgang aus den verschiedenen Klassen, Real-Abitur – bezeichnet. Als Berufswahl gilt die im Album festgehaltene Entscheidung für einen Beruf. Zunächst sollen die genannten Zusammenhänge allgemein dargestellt, danach bei den Gruppen der Frühabgänger, der Überwechsler und der Real-Abiturienten analysiert werden.

4. Analyse der Wechselbeziehungen zwischen sozialer Herkunft und Schulbesuchverhalten

a) Das *Schulbesuchverhalten* dieser Schüler im Vormärz ist aus dem Zusammenwirken mehrerer Merkmale rekonstruierbar. Die Schüler traten im allgemeinen im *Alter* von 8/9 und 14/15 Jahren in die unterste Klasse dieser Schule ein. In die oberste Klasse wurden Schüler zwischen 15 und 17 Jahren aufgenommen. Die unteren Klassen waren altersmäßig heterogener als die oberen zusammengesetzt. Als interessant erweist sich die Verteilung der Schüler eines bestimmten Jahrgangs auf die verschiedenen Klassen: Von den insgesamt 181 *15jährigen* besuchten zwei die Prima, neun die Sekunda, 33 die Tertia, 55 die Quarta, 56 die Quinta, 26 die Sexta. Diese altersmäßige Aufteilung ist ein deutlicher Hinweis auf die Bedeutung, die damals dem bloßen Besuch der unteren Klassen ohne Erreichen eines Schulabschlusses beigemessen wurde.

Die Hälfte der Schüler begann in der Sexta ihre *Schullaufbahn*. Fast jeder Dritte, der aus der Prima abging, hatte die Schule seit der Sexta besucht. Die weiteren Zugänge erfolgten hauptsächlich in der Quinta und Quarta. In den späteren Klassen traten nur wenige Schüler in die Schule ein. Ein Zusammenhang zwischen Schuleintritt in eine bestimmte Klasse und elterlichem Beruf ist nicht erkennbar. Wohl wird die Vermutung bestätigt, daß Auswärtige generell länger andere Bürger- oder Stadtschulen besuchten und erst in späteren Klassen auf die Kölner Anstalt überwechselten.

Die Schüler, die nach dem Abschluß ihrer *Elementarbildung* in die unterste Klasse der höheren Bürgerschule eintraten, hatten zuvor städtische bzw. ländliche Elementar- oder Privatschulen besucht. Unter den Schülern, die vorher in eine Privatschule gegangen waren, dominierten nicht Kinder von Mitgliedern bestimmter Berufsgruppen. Auffällig ist aber der Zusammenhang zwischen Elementarbildung und Konfession. Hier zeigt sich, daß die katholischen Schüler die städtischen Elementarschulen in größerer Anzahl besuchten als die evangelischen Schüler, die demgegenüber überproportional häufig Unterricht an Privatschulen und durch Hauslehrer genossen hatten. Besonders deutlich ist die Sonderstellung jüdischer Schüler. Die Hälfte von ihnen wurde an Privatschulen und durch Hauslehrer auf eine weiterführende Schule vorbereitet. Mit der Integration der jüdischen Schüler in das öffentliche Bildungswesen kam der höheren Bürgerschule eine bedeutende gesellschaftliche Funktion zu.

Die von den Eltern bestimmte *Konfessionszugehörigkeit* erweist sich nicht nur in der genannten Hinsicht, sondern auch insgesamt als ein interessanter Faktor zur näheren Beschreibung der Schülerschaft. Es zeigt sich, daß die Söhne der höheren Militärs fast ausschließlich evangelisch waren. Unter den Söhnen der höheren Beamten, der Unternehmer sowie der mittleren und niederen Beamten waren die Protestanten zudem eindeutig überrepräsentiert. Die katholischen Schüler stammten meistens aus Familien von Handwerkern/Handwerksmeistern, von Klein- und Einzelhändlern sowie Landwirten. 64 Prozent der 67 jüdischen Schüler kamen aus den Familien von Klein- und Einzelhändlern. Im Schulbesuchsverhalten dieser konfessionellen Gruppen gibt es bemerkenswerte Eigenheiten.

Betrachtet man die *Dauer des Schulbesuchs*, so zeigt sich, daß von der Sexta bis zur Quarta die katholischen Schulabgänger über-, die protestantischen unterrepräsentiert waren. In den zwei obersten Klassen veränderte sich jedoch dieses Verhältnis (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7: Abgänge aus den verschiedenen Klassen nach Konfession (in Prozent)

Konfession	(Sexta)		IV	III	II	(Prima)	
	VI	V				I	Insgesamt
Katholisch	79,3	77,6	76,8	71,1	65,6	53,1	71,4
Evangelisch	16,8	15,9	19,3	22,6	30,2	40,1	23,3
Jüdisch	3,9	6,5	3,9	6,3	4,2	6,8	5,3
u. a.							

Tabelle 7 verdeutlicht, daß die protestantischen Schüler unter den Absolventen der beiden obersten Klassen (I und II) – gemessen an der Ausgangssituation in den untersten Klassen – überaus stark vertreten waren. Viele der katholischen Schüler hatten schon in den Jahren zuvor die Schule verlassen, wobei sie häufiger als die protestantischen „ohne Abschied“ fernblieben.

b) Soweit durch diesen letzten Umstand die ohnehin problematischen Zahlen zur späteren *Berufswahl* nicht zusätzlich verzerrt werden, scheint die Konfession auch bei dieser Entscheidung Einfluß zu haben:

Die vor dem Real-Abitur abgehenden Katholiken erlernten vorzugsweise ein Handwerk oder die Landwirtschaft; die Protestanten wandten sich dagegen häufiger den Bereichen Militär und Technik zu. Fast ausgeglichen ist das konfessionelle Verhältnis der Schüler, die sich für den Handelsstand entschieden. Die Protestanten sind hier nur leicht überrepräsentiert. *Nach* Ablegung des Real-Abiturs zeigt sich, daß deutlich mehr Protestanten als Katholiken Berufe in Handel und „Technik“ ergreifen wollten.

Das in Deutschland generell für das 19./20. Jahrhundert nachweisbare „Bildungsdefizit“ der Katholiken, das insgesamt auf eine Reihe sozialer, ökonomischer und politischer Benachteiligungen sowie auf eine spezifische Wissenschafts- und Bildungseinstellung zurückzuführen ist (vgl. KLOCKER 1981; 1984), ist somit auch an der ersten höheren Bürgerschule des Rheinlands im katholischen Köln nachweisbar. Der überproportional hohe Schulerfolg der Protestanten in der „Diaspora“ kann mit der Bevorzugung preußischer Beamtenöhne nicht erklärt werden. Die statistischen Befunde zum Schulbesuchsverhalten und zu den Berufsoptionen der Schüler verweisen auf die höhere Einschätzung des Schulabschlusses und die stärkere Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Berufsfeldern als wichtigsten Voraussetzungen protestantischer Bildungsüberlegenheit.

Nach dieser allgemeinen Beschreibung der Schülerschaft bleiben abschließend die obengenannten Schülergruppen zu charakterisieren: die Frühabgänger, die Übergänger, die aus dem Gymnasium auf die höhere Bürgerschule oder aus dieser auf das Gymnasium bzw. ein Gewerbeinstitut überwechselten, und die Abiturienten dieser Anstalt.

c) Als *Frühabgänger* sind die Schüler anzusehen, welche die Schule nach Absolvieren der unteren Klassen verließen. DETLEF MÜLLER hat in seiner Studie über „Sozialstruktur und Schulsystem“ (1977) die Bezeichnung „Frühabgänger“ den Schülern zugesprochen, die aus den vier bis fünf unteren Klassen, also der Unter- und Mittelstufe, des neunklassigen Gymnasiums ausschieden (MÜLLER 1977, S. 31f.). Bei der Kölner sechsklassigen höheren Bürgerschule bietet es sich an, die Abgänger bis zur Tertia (vierte Klasse/Abschluß der zweiten Bildungsstufe) als Frühabgänger zu betrachten. Bis zum Ende dieser Klasse verließen 71,2 Prozent aller Schüler die Anstalt. Bei dieser Abgängerquote darf aber nicht übersehen werden, daß mit 55,2 Prozent mehr als die Hälfte der Schüler bereits innerhalb der ersten drei Schuljahre in den untersten Klassen (vgl. Tabelle 4) aus der Schule ausgeschieden war; der Abgang nach der Quarta wurde offenbar dem nach der Tertia von etlichen Schülern und deren Eltern bis 1848 bevorzugt.

Betrachtet man den Zusammenhang zwischen Zeitpunkt des *Schulabgangs* und *elterlichem Beruf*, dann wird folgendes sichtbar:

- Die Schüler, deren Eltern im Handels-, Verkehrs- und Nährstand zu den Berufsgruppen Handwerksmeister, Handwerker, Gastwirte, Landwirte gehörten, traten überwiegend, nämlich zu 70 bis 80 Prozent, bereits bis zur Quarta aus dem Lehrkurs aus.
- Die Söhne der Offiziere hatten ihre höchste Abgangsquote schon in der Quinta. 84 Prozent von ihnen verließen bis zur Tertia die höhere Bürgerschule. 72 Prozent von ihnen gingen zum Militär.
- Die Söhne von Großgrundbesitzern blieben überwiegend bis zur Tertia und Sekunda auf der Schule. Ein ähnliches Schulbesuchsverhalten zeigten die Söhne der Unternehmer. Ihre höchste Abgängerquote lag zwar in der Quarta, doch verblieb danach noch mehr als die Hälfte dieser Schüler in den oberen Klassen. Fast ein Fünftel von ihnen besuchte die Prima.
- Von besonderem Interesse ist das Schulbesuchsverhalten der zahlenmäßig stärksten Gruppe: der Söhne von Klein- und Einzelhändlern. Von ihnen verließen nur 22,3 Prozent die Schule aus den beiden unteren Klassen. Der Gipfelwert ihrer Abgänge lag zwar mit 20,9 Prozent in der Quarta, doch blieben die Abgänge aus den oberen drei Klassen konstant bei 18 bis 19 Prozent, was auf eine hohe Bildungsorientierung hinweist. Fast ein Fünftel dieser Schülergruppe wurde aus der Prima entlassen (vgl. u. Abiturienten).
- Auch bei den Söhnen der mittleren und niederen Beamten ist die Verteilung des Schulabgangs von Interesse. Bis zur Tertia schieden zwar bereits zwei Drittel von ihnen aus der Schule aus; etwa 1/5 verließ aber erst aus der Prima die Anstalt.

Insgesamt zeigen diese Zahlen, daß für viele Berufsgruppen die Quarta- bzw. Tertia-Abgänge der Söhne im Vormärz den Regelabschluß der mittleren Schullaufbahn darstellen. Häufig ist ein tendenzielles Abfallen der Abgangsquoten nach der Quinta bzw. Quarta zu beobachten. Besonders interessant ist das Schulbesuchsverhalten bei den Söhnen der Unternehmer, der Klein- und Einzelhändler, der mittleren und niederen Beamten. Viele von ihnen sind anscheinend Kinder aus aufstiegsorientierten Familien, was später bei der Analyse der Berufswahl erneut zu überprüfen ist.

Daß bei den Frühabgängern die katholischen Schüler überwogen, wurde bereits erwähnt. Die Bedeutung der *Konfessionszugehörigkeit* für den angestrebten Schulabschluß tritt bei den vorliegenden Zahlen noch einmal hervor. 75,8 Prozent aller katholischen, aber nur 56,9 Prozent aller evangelischen Schüler hatten die Schule bis zur Tertia bereits verlassen.

Die evangelischen Schüler besuchten nicht nur – gemessen am evangelischen Bevölkerungsanteil – in relativ größerer Anzahl diese Schule; sie erreichten auch häufiger die höheren Abschlüsse der Sekunda und Prima. Mit der *regionalen Herkunft* scheint der Frühabgang nur in der untersten Klasse zusammenzuhängen. Hier verließen mehr Schüler, deren Eltern in Köln lebten, die Schule. Auswärtige Schüler wurden von ihren Eltern wohl nur mit dem Ziel eines längeren Schulbesuchs auf die Schule geschickt.

Als wichtig erweist sich auch die Frage, welche *Vorbildung* die Frühabgänger mitbrachten. Der Blick auf die Herkunftsschulen zeigt, daß zwei Drittel der von den städtischen und ländlichen Elementarschulen auf die Kölner höhere Bürgerschule übergegangenen Schüler die Anstalt bis zur Quarta wieder verließen. In der Sexta war der Anteil der abgehenden Schüler, die von einer städtischen Elementarschule gekommen waren, am größten. Bemerkenswert ist, daß von den Schülern, die eine Privatschule besucht oder Unterricht durch einen Hauslehrer erhalten hatten, die Abgangsquote bis zur Quarte nur um 50 Prozent lag. Am stärksten behaupteten sich die Schüler, die von Progymnasien, Stadt- und Bürgerschulen auf die Kölner Anstalt gewechselt waren.

Der Anteil der Frühabgänger, welche die Anstalt *ohne Abschied*, also ohne Zahlung des Abschluß- bzw. Zeugnisgeldes, verließen, war bis einschließlich Sekunda sehr hoch (zwischen 85 und 75 Prozent).

Wiederum sind aus diesem Grunde die Angaben über die spätere Berufswahl der Abgänger nur unter großem Vorbehalt zu interpretieren. Die *Entscheidung für bestimmte Berufe* (vgl. Tabelle 5) hing offenbar mit der Höhe der erreichten Klasse zusammen. Die Abgänger bis zur Quarta einschließlich nannten als ihren zukünftigen Beruf vorrangig Handwerk und Landwirtschaft. Erst ab Tertia und besonders dann ab Sekunda wird überwiegend der Handel als Bereich des zukünftigen Berufes angegeben. Das läßt vermuten, daß die Frühabgänger, die sich für Berufe in Handwerk oder Landwirtschaft entschlossen, nur eine etwas über die allgemeine elementare Grundbildung hinausreichende Bildung wünschten bzw. erreichten, wogegen Schüler mit Berufswunsch in Handel, Technik und Militär in beachtlichem Ausmaß eine höhere Sprach- und Realienbildung anstrebten⁵.

Die zum Handel neigenden Schüler stammten vor allem aus den Kreisen der Unternehmer, Klein- und Einzelhändler und der mittleren/niederen Beamten. Auch verwaiste junge Männer wählten häufig diese Berufsrichtung. In den Berufsfeldern Militär, Landwirtschaft und Handwerk, aber auch bei Unternehmern und im Handel läßt sich eine deutliche, teilweise sogar ausgeprägte Tendenz zur Selbstrekrutierung feststellen. Insofern erfüllte die höhere Bürgerschule anscheinend die Erwartungen der Regierung und der mittleren gesellschaftlichen Berufsstände. Bei den vor dem Abitur und auch in den unteren Klassen abgehenden Schülern wird die Tendenz erkennbar, sich an den elterlichen Berufsfeldern zu orientieren. Je höher der Bildungsabschluß, desto größer scheint die Bereitschaft zu beruflicher Neuorientierung gewesen zu sein.

⁵ Zu der Feststellung, daß die Militärlaufbahn vorzugsweise von Abgängern aus oberen Klassen angegeben wurde, muß hinzugefügt werden, daß viele der zumeist aus den unteren Klassen ausscheidenden Söhne von Offizieren, sofern sie zum Militär gingen, zunächst in eine der Garnisonsschulen wechselten.

d) Die nächste Gruppe der zu analysierenden Schüler stellen die *Überwechsler* dar. In den Jahren zwischen 1828 und 1847 traten aus Gymnasien 246 und aus Progymnasien, anderen Bürger- sowie Stadtschulen 176 Schüler in die Kölner Anstalt ein. 76 Schüler wechselten von dieser Schule zum Gymnasium, 128 zu anderen Anstalten. Was waren die Merkmale dieser Schülergruppen?

Die 246 vom Gymnasium auf die höhere Bürgerschule überwechselnden Schüler unterschieden sich nach ihrer sozialen Herkunft nicht sehr von der Gesamtschülerschaft (vgl. Tabelle 3). Sie stammten überwiegend (27,2 Prozent) aus dem Kreis der Klein- und Einzelhändler, zu einem bedeutenden Anteil noch aus dem der Unternehmer und der mittleren/niederen Beamten. Interessanterweise kam auch bei den zum Gymnasium überwechselnden Bürgerschülern die größte Gruppe (18,4 Prozent) aus dem Kreis der Klein- und Einzelhändler, gefolgt von den Söhnen der Unternehmer, der Handwerker und der mittleren/niederen Beamten (alle je 11,8 Prozent). Der Übergang zur höheren Bürgerschule kann als Interesse an einer realistischen Bildung, als Wunsch nach einfacheren Teilabschlüssen auf dieser Schule oder als Aufstiegsorientierung bestimmter Kreise interpretiert werden. Ablesbar ist das jeweilige Bildungsinteresse an der Dauer des Schulbesuchs: 87,4 Prozent der Schüler, die von einem Gymnasium auf die höhere Bürgerschule gewechselt waren, verließen diese Anstalt wieder vor der Prima, strebten also einen im Vergleich zum Gymnasium leichteren Teilabschluß an. Anders verhielten sich die Schüler, die von Progymnasien, Bürger- und Stadtschulen auf die Kölner Institution übergegangen waren: Ihre Abgangsquote bis zur Tertia lag deutlich unter den üblichen 65 bis 75 Prozent der Frühabgänger. Die Abgangsquoten aus der Prima waren bei ihnen am höchsten. 14,8 Prozent von ihnen legten das Abitur ab, doppelt so viele wie die, die von Gymnasien auf die höhere Bürgerschule übergewechselt waren.

Die Übergänge zum Gymnasium wurden von den meisten Bürgerschülern (82,9 Prozent) bis zur Quarta vollzogen. Es waren hauptsächlich Schüler, die aus städtischen Elementarschulen gekommen waren. Eine kleinere Gruppe von ihnen hatte ihre Vorbildung in Privatschulen und durch den Unterricht von Hauslehrern erhalten.

Schließlich ist unter den *Überwechslern* die Gruppe jener 49 Schüler zu charakterisieren, die entweder zwischen der Quarta und Sekunda zu einer Provinzial-Gewerbeschule oder aus der Prima bzw. nach dem Abitur zum Berliner Gewerbeinstitut übergangen. Diese Schüler waren vor allem Söhne von Klein- und Einzelhändlern, von mittleren/niederen Beamten und zum Teil von Unternehmern, kamen also aus dem „Mittelstand“. Die Fortbildungsinstitution Gewerbeschule bot gerade solchen Schülern, die in den Herausforderungen der beginnenden Industrialisierung eine berufliche Chance sahen, die entsprechende Vorbildung. Dies wurde anscheinend von den schon in anderen Bereichen als aufstiegsorientiert erkannten Mittelstandsruppierungen genutzt.

e) Abschließend ist die Gruppe der insgesamt 158 *Real-Abiturienten* zu betrachten. Die Abiturienten machten einen vergleichsweise kleinen Anteil (7,9 Prozent) der gesamten Schülerschaft aus. Von ihnen kamen 61 aus Familien von Klein- und Einzelhändlern, 29 aus Familien mittlerer/niederer Beamter und 19 aus Familien von Unternehmern. Es zeigt sich, daß die Söhne aus den Berufsgruppen, die am stärksten an dieser Schule vertreten sind, auch den größten Anteil der Abiturienten stellten. Ihre Erfolgsquoten lagen erheblich über dem Durchschnitt, denn immerhin erreichten 20,7 Prozent der Söhne aus

mittleren/niederen Beamtenfamilien, 16,8 Prozent der Söhne von Klein- und Einzelhändlern sowie 14,6 Prozent der Unternehmersöhne das Abitur. Im einzelnen ist auffallend, daß von den Abiturienten „mit vorzüglicher Leistung“ die weitaus meisten aus Familien des „Mittelstandes“, und zwar insbesondere aus solchen des Klein- und Einzelhandels, stammten. Damit wird noch einmal die Aufstiegsorientierung gerade dieser Gruppierungen belegt.

Bei der Konfessionszugehörigkeit der Abiturienten zeigt sich erwartungsgemäß die Überrepräsentation der evangelischen Schüler vor allem bei denjenigen, die „mit vorzüglicher Leistung“ und mit „gut“ bestanden. Die katholischen Familien scheinen in diesem Zusammenhang deutlich weniger an einer weiterführenden Schulbildung ihrer Söhne interessiert gewesen zu sein. Auffallend ist die relativ hohe Quote der jüdischen Schüler (10,9 Prozent) an der Gruppe derer, die das Abitur „gut“ bestanden. Im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtschülerzahl waren sie hier überrepräsentiert, auch wenn man bei einer solchen Feststellung nicht die insgesamt geringe Anzahl jüdischer Schüler (46) übersehen darf.

Zwei Drittel der Schüler, die das Abitur „mit vorzüglicher Leistung“ bestanden, hatten vor ihrem Übergang zur höheren Bürgerschule die städtische bzw. die ländliche Elementarschule oder auch eine Privatschule besucht. Ein knappes Fünftel dieser Abiturienten waren ehemalige Gymnasiasten. Die Abiturienten, die während ihrer Schullaufbahn von anderen Bürgerschulen, von Progymnasien und Stadtschulen auf die Kölner Anstalt übergewechselt waren, absolvierten ihr Abitur überwiegend mit „gut“.

Als letztes bleibt noch die für 99 Abiturienten (von insgesamt 158) überlieferte *Berufswahl* darzustellen. Die meisten von ihnen wollten einen Handelsberuf ergreifen (62,6 Prozent), eine zweite Gruppe von nennenswerter Größe neigte der „Technik“ zu (19,2 Prozent). Zwischen Benotung des Abiturs und Berufsentscheidung sind bemerkenswerte Zusammenhänge festzustellen: Aus der Gruppe der Leistungsbesten wollte keiner zum Handwerk, in die Landwirtschaft, in den Lehrerstand oder zum Militär. Hingegen entschied sich ein Drittel der als „mittelmäßig“ qualifizierten Benoteten für diese Berufe. Die starke Orientierung auf eine Tätigkeit im Handel entsprach sicher der Bedeutung des Handels in der (Heimat-)Stadt Köln. Eine Selbstrekrutierung dieses Berufstandes ist nur teilweise erkennbar; vielmehr deutet sich mit zunehmender Höhe der erreichten Bildungsqualifikation eine gewisse Flexibilität bei der beruflichen Entscheidung an.

Immerhin zog es ein Fünftel der Abiturienten, von denen über ein Viertel das Abitur „mit vorzüglicher Leistung“ bestanden hatte, zu den technischen Berufen. Sie bildeten das Elitereservoir für die zunehmende Technisierung in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Hier ist hervorzuheben, daß die Hälfte der an der Technik Orientierten aus Handelsfamilien, ein Fünftel aus Familien mittlerer/niederer Beamten kamen. Von diesen waren doppelt so viele protestantischen wie katholischen Glaubens. Ein katholisches Bildungsdefizit offenbart sich auch hier, und zwar in Hinsicht auf die überproportional starke Zurückhaltung katholischer Schüler gegenüber neuartigen Berufsfeldern.

Abkürzungen

HASK = Historisches Archiv der Stadt Köln

HStA = Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Literatur

- APEL, H.-J.: Das preußische Gymnasium in den Rheinlanden und Westfalen 1814–1848. (Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte. Bd. 25) Köln 1984.
- APEL, H.-J./KLÖCKER, M. (Hrsg.): Schulwirklichkeit in Rheinpreußen (In Vorbereitung).
- AYCOBERRY, P.: Probleme der Sozialschichtung in Köln im Zeitalter der Frühindustrialisierung. In: FISCHER, W. (Hrsg.): Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Probleme der frühen Industrialisierung. Berlin 1968, S. 512–528.
- AYCOBERRY, P.: Der Strukturwandel im Kölner Mittelstand 1820–1850. In: *Geschichte und Gesellschaft* 1 (1975), H. 1, S. 78–98.
- AYCOBERRY, P.: *Histoire sociale de la ville de Cologne (1815–1875)*. Zwei Teile. Paris 1980 (Paris, Univ. I, Diss. 1977).
- BARTH, P.: Die Geschichte der Erziehung in soziologischer und geistesgeschichtlicher Beleuchtung. Leipzig ²1916.
- BLUME/NIEDERLÄNDER: Überblick über die Entwicklung der Anstalt. In: *Städtisches Gymnasium und Realgymnasium in der Kreuzgasse zu Köln 1828–1928*. Festschrift zur Jahrhundertfeier der Anstalt. 13.–15. Okt. 1928. Hrsg. von NIEDERLÄNDER. Köln 1928.
- BRANDAU, H. W.: Die mittlere Bildung in Deutschland. Historisch-systematische Untersuchung einiger ihrer Probleme. Weinheim 1959.
- BUCHINGER, H.: Die Geschichte der bayerischen Realschule. Erster Teil. Die Entwicklung der bayerischen Realschule von ihren Anfängen bis zur Errichtung der Oberrealschule im Jahre 1907. Passau 1983.
- DIETRICH, T./KLINK, J.-G. (Hrsg.): Zur Geschichte der Volksschule. Bd. 1 (Klinkhardts Pädagogische Quellentexte). Bad Heilbrunn ²1972.
- EYLL, K. VAN: Wirtschaftsgeschichte Kölns vom Beginn der preußischen Zeit bis zur Reichsgründung. In: KELLENBENZ, H. (Hrsg. unter Mitarbeit von K. VAN EYLL): *Zwei Jahrtausende Kölner Wirtschaft*. Bd. II, Köln 1975, S. 163–266.
- FESTSCHRIFT. Städtisches Gymnasium und Realgymnasium in der Kreuzgasse zu Köln 1828–1928. Festschrift zur Jahrhundertfeier der Anstalt. 13.–15. Okt. 1928. Hrsg. von NIEDERLÄNDER. Köln 1928.
- FESTSCHRIFT ZUR 150-Jahrfeier des Gymnasiums Kreuzgasse Köln. Köln 1978.
- GOTHEIN, E.: Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Cöln vom Untergange der Reichsfreiheit bis zur Errichtung des Deutschen Reiches. In: *Die Stadt Cöln im ersten Jahrhundert unter Preussischer Herrschaft 1815–1915*. Hrsg. von der Stadt Cöln. Cöln 1916, Bd. I, 1. Teil.
- GRASHOF, K. F. A.: Bekanntmachung, die Eröffnung der höheren Bürgerschule zu Köln betreffend. Köln 1828.
- HEUSER, J.: Karl Friedrich August Grashof als Reorganisator des Volksschulwesens am Niederrhein. Ein Beitrag zur preussischen Schulgeschichte. Diss. Köln 1930.
- HOFFMANN, R.: Geschichte des Realschulwesens in Deutschland. In: SCHMID, K. A. (Hrsg.): *Geschichte der Erziehung von Anfang an bis auf unsere Zeit*. V, 2. Stuttgart/Berlin 1901.
- KAHL, W.: Die Volksschule; das mittlere und höhere Schulwesen. In: *Die Stadt Cöln im ersten Jahrhundert unter Preussischer Herrschaft 1815–1915*. Hrsg. von der Stadt Cöln. Cöln 1915, Bd. II, S. 30–74.
- KLINKENBERG: Die Entstehung des Patronats der Stadt Köln über höhere Schulen. In: *Städtisches Gymnasium und Realgymnasium in der Kreuzgasse zu Köln 1828–1928*. Festschrift zur Jahrhundertfeier der Anstalt. 13.–15. Okt. 1928. Hrsg. von NIEDERLÄNDER. Köln 1928.
- KLÖCKER, M.: Theodor Brüggemann (1796–1866). Eine Studie zur Preussischen Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Kultuspolitik und des politischen Katholizismus (Schriftenreihe zur Geschichte und politischen Bildung. Bd. 17) Ratingen/Kastellaun/Düsseldorf 1975.
- KLÖCKER, M.: Das katholische Bildungsdefizit in Deutschland. Eine historische Analyse. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 32 (1981), S. 79–98.
- KLÖCKER, M.: Ursachen des katholischen Bildungsdefizits in Deutschland seit Luthers Auftreten. Umriss einer wirkungsgeschichtlichen Analyse. In: GOEBEL, K./KIRCHHOFF, H. G. (Hrsg.): *Luther in der Schule*. Vorträge und Kolloquien anlässlich der gleichnamigen Dortmunder Ausstellung. (Dortmunder Arbeiten zur Schulgeschichte und zur historischen Didaktik. Bd. 5) Dortmund 1984.

- KOPPENHÖFER, P.: Bildung und Auslese. Weinheim 1980.
- KRAUL, M.: Gymnasium und Gesellschaft im Vormärz. Göttingen 1980.
- LUNDGREEN, P.: Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick. Bd. I, Göttingen 1980.
- MASKUS, R. (Hrsg.): Zur Geschichte der Mittel- und Realschule. Bad Heilbrunn 1966.
- MENZE, C.: Die Bildungsreform Wilhelm von Humboldts (Das Bildungsproblem in der Geschichte des europäischen Bildungsdenkens. Bd. 13). Hannover 1975.
- MENZE, C.: Zur Entstehung der Disjunktion von allgemeiner und beruflicher Bildung und ihre Auswirkung auf die Bildungsorganisation. In: Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Pädagogik 53 (1977), S. 75–89.
- MERTZ, G.: Das Schulwesen der deutschen Reformation im 16. Jahrhundert. Heidelberg 1902.
- MOLDENHAUER, F.: Geschichte des Höheren Schulwesens der Rheinprovinz unter preußischer Regierung. Köln 1895.
- MÜLLER, D. K.: Sozialstruktur und Schulsystem. Aspekte zum Strukturwandel des Schulsystems im 19. Jh. Göttingen 1977.
- PAULSEN, F.: Geschichte des gelehrten Unterrichts. Bd. II. Berlin/Leipzig 1921.
- QUITTSCHAU, E.: Das religiöse Bildungsideal im Vormärz. Gotha 1931.
- RÖNNE, L. v.: Das Unterrichts-Wesen des preußischen Staates. Bd. I u. II. Berlin 1855.
- SCHIERSMANN, C.: Zur Sozialgeschichte der preußischen Provinzial-Gewerbeschulen im 19. Jahrhundert. Weinheim 1979.
- SCHÖNEMANN, B.: Das Braunschweigische Gymnasium in Staat und Gesellschaft. Köln 1983.
- SPILLEKE, A.: Gesammelte Schulschriften. Berlin 1825.
- VARRENTRAPP, C.: Johannes Schulze und das Höhere Preußische Unterrichtswesen in seiner Zeit. Leipzig 1889.
- WALDEYER, H.: Zur Entstehung der Realschulen in Preußen im 18. Jahrhundert bis zu den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts. In: HARTMANN, K./NYSSSEN, F./WALDEYER, H. (Hrsg.): Schule und Staat im 18. und 19. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 1974.
- WIESE, L. (Hrsg.): Das Höhere Schulwesen in Preußen. Historisch-statistische Darstellung. Berlin 1864.
- WITTMÜTZ, V.: Schule der Bürger. Die Realschule zu Barmen. Wuppertal 1981.

Anschriften der Autoren:

- Prof. Dr. Hans-Jürgen Apel, Vor den Feldern 7, 5000 Köln 90
Prof. Dr. Michael Klöcker, Werderstr. 37, 5000 Köln 1